

1867/J XX.GP

der Abgeordneten Fink  
und Kollegen  
an den Bundesminister für Finanzen  
betreffend Einsparungsmaßnahmen bei den Finanzämtern  
Im Zuge der allgemeinen Sparmaßnahmen bei den Beamten soll offensichtlich auch im Bereich der Finanzämter gespart werden. Dabei reichen die kolportierten Absichten von einer Nichtnachbesetzung offener Planstellen bis einschließlich des Jahres 2000 bis zu Weisungen, daß alle Karenzvertretungen bei Vertragsende nicht weiter verlängert werden sollen. Auch in der Anfragebeantwortung 1 091 /AB wurde seitens des Bundesministers für Finanzen festgestellt, daß "bedingt durch die Personalkürzungen der letzten Jahre sowie die erforderlichen Einsparungen sowohl im Personal- als auch im Sachaufwand im Bundesministerium für Finanzen grundsätzliche Überlegungen über die Organisation der Finanzverwaltung angestellt werden".

Auf der anderen Seite steigen aber die Anforderungen an die Finanzämter permanent an. Insbesondere durch die Flut an Gesetzesänderungen im Steuerbereich werden die Beamten bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit belastet. Es wird für sie immer schwieriger, neben der permanent steigenden täglichen Arbeit auch die Neuerungen alle zu erlernen und sie entsprechend umzusetzen. Darüber hinaus ist auch noch auf die zukünftige Altersstruktur der Finanzbeamten hinzuweisen, falls es wirklich zu einem Aufnahmestop bis zum Jahr 2000 kommen sollte.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Finanzen folgende

Anfra g e :

1 ) Sind Einsparungsmaßnahmen im Bereich des Personalwesens bei den österreichischen Finanzämtern geplant?

Wenn ja, in welcher Form und welche Finanzämter werden davon betroffen sein?

2) Ist die Auflösung kleinerer Finanzämter geplant?

Wenn ja, welche Umstrukturierungen werden damit verbunden sein?

3) Wie soll die Qualität der Arbeit der Finanzbeamten aufrecht erhalten werden, wenn einerseits ihre Zahl reduziert werden soll und andererseits die Gesetzesflut immer größere Ausmaße annimmt?

4) Wie soll - für den Fall, daß kleine Finanzämter geschlossen werden - die Serviceleistung für die Bürger aufrecht erhalten werden, wenn jeder persönliche Kontakt zum Finanzamt mit der Zurücklegung langer Wegstrecken und hohem Zeitaufwand verbunden ist?